

## Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss</b>	14.09.2022	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### Haushalts- und Stellenplan 2023 für das Rechtsamt

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppen in 2023
  - 11.01.11 „Recht“ mit
    - ordentlichen Erträgen in Höhe von 931.946 EUR und
    - ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.732.504 EUR
  - 11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“ mit
    - ordentlichen Erträgen in Höhe von 8.463 EUR und
    - ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 139.406 EUR
  - 11.01.63 „Bürgerausschuss“ mit
    - ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 EUR und
    - ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 8.446 EUR

wird zugestimmt.
2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppen in 2023
  - 11.01.11 „Recht“ mit
    - investiven Auszahlungen in Höhe von 1.700 EUR
  - 11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“ mit
    - investiven Ausgaben in Höhe von 500 EUR
  - 11.01.63 „Bürgerausschuss“ mit
    - investiven Ausgaben in Höhe von 0 EUR

wird zugestimmt.

3. Dem Stellenplan 2023 für das Rechtsamt wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (s. Anlage) zugestimmt.

4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen in 2023

11.01.11 „Recht“

11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“

11.01.63 „Bürgerausschuss“

wird zugestimmt.

**Begründung:**

Als aktuelle Planwerte werden im Haushaltsplan Erträge und Aufwendungen, sowie die Einzahlungen und Auszahlungen des Jahres 2023 veranschlagt; die mittelfristige Planung umfasst die Haushaltsjahre 2024 bis 2026.

Die Produktgruppen werden im Entwurf des Haushaltsplanes, Band II, auf folgenden Seiten dargestellt:

11.01.11 „Recht“	Seiten 90 - 97
11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“	Seiten 281 - 287
11.01.63 „Bürgerausschuss“	Seiten 300 – 302

Bei den o.g. Produktgruppen ergeben sich keine vom Amt geplanten Veränderungen.

Der Stellenplan 2023 ist in Band I dargestellt.

Es ergibt sich eine Mehrstelle (s. Anlage).

Stelle 300 00 135:

Der Personalmehrbedarf für eine Stelle im Bereich der juristischen Sachbearbeitung ist zur Erfüllung von Querschnittsaufgaben für die Gesamtverwaltung der insgesamt weiter stark wachsenden Stadt Bielefeld unabweislich.

Die erhebliche Mehrbelastung in der juristischen Beratung resultiert zum einen aus der zeitintensiven rechtlichen Begleitung laufender Großprojekte der Stadt Bielefeld, aus dem fortschreitenden Digitalisierungsprozess, aus zahlreichen komplexen Vergabeverfahren sowie schwierigen kommunalrechtlichen Fragestellungen. Zum anderen haben einige Themenfelder (wie z.B. der Umwelt- sowie der Verkehrsbereich) deutlich an Bedeutung gewonnen, mit der Folge, dass beim Rechtsamt mehr Unterstützung der Fachverwaltung durch intensivere rechtliche Beratung nachgefragt wird. Seit längerem zeichnet sich die Tendenz ab, dass die Verfahren insgesamt immer komplexer und damit auch die Beratung und Prozessführung zunehmend zeitaufwendiger werden.

Der juristische Beratungsbedarf wird in naher Zukunft zudem noch weiter stark zunehmen:

Die Stadt Bielefeld führt in den nächsten Jahren verschiedene Projekte von erheblicher finanzieller Größe, Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger sowie das Ansehen der Stadt durch: So hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 10.02.2022 ein Bauprogramm von 900 Millionen Euro mit 109 Maßnahmen, die bis 2030 umgesetzt werden sollen, beschlossen. Es ist zu erwarten, dass Beratungsbedarf hier hinsichtlich der Mehrzahl der einzelnen Maßnahmen besteht und zudem

eine Vielzahl von Rechtsgebieten (Vergabe, Gewährleistung, Grundstücksangelegenheiten, Planungsrecht, Zuschussfinanzierung usw.) betroffen sind. Die Verkehrswende ist ein weiteres Thema, das nur mit einem enormen Personal- und Zeitaufwand zu realisieren ist. Auch hier handelt es sich letztlich um eine Vielzahl von Großprojekten, die in den nächsten Jahren entwickelt, umgesetzt und seitens des Rechtsamtes juristisch begleitet werden. Auch die interkommunale Zusammenarbeit nimmt zu und wird intensiv seitens des Rechtsamtes rechtlich begleitet.

Insgesamt führt die wachsende Entwicklung bei der Stadt Bielefeld zu mehr Beratungsbedarf beim Rechtsamt, da - gerade wenn „Neuland“ betreten wird und Großprojekte umgesetzt werden sollen - die juristische Begleitung sowie Unterstützung des Rechtsamtes erwartet und regelmäßig eingefordert wird. Die juristische Betreuung gerade dieser Projekte ist sehr arbeitsintensiv und zeitaufwändig. Eine Standardisierung ist nicht möglich, vielmehr ist ein intensives Einarbeiten, umfangreiche Sachverhaltsaufklärung, Abstimmung und Koordination innerhalb der Verwaltung, oftmals Abstimmung mit anderen Behörden und Organisationen, teilweise auch den Ministerien erforderlich. Die Anzahl der Beschwerden bei der Kommunalaufsicht nehmen ebenfalls zu, so dass das Rechtsamt auch perspektivisch verstärkt federführend bei der Answererstellung und Kommunikation mit der Kommunalaufsicht eingebunden wird.

Der dargestellte erwartete erhöhte Beratungsbedarf macht deutlich, dass eine Mehrstelle im Bereich der juristischen Sachbearbeitung auf Dauer notwendig ist, um die fristgerechte Erledigung der wesentlichen Aufgaben im Rechtsamt sicherzustellen.

**Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)**

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.